



Siemens Aktiengesellschaft
Corporate Finance Treasury,
Investor Relations (CF IR),
Wittelsbacher Platz 2

80333 München

per Telefax: 089 – 636 32 830
per Email: hv2010@siemens.com

Postfach 13 03 35
50497 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 – 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaeere.de
www.kritischeaktionaeere.de

Köln, 11. Januar 2010

Gegenanträge zur Hauptversammlung der Siemens AG am 26. Januar 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre stellt anlässlich der Hauptversammlung der Siemens AG am 26. Januar 2010 Gegenanträge. Ich bitte um Veröffentlichung auf der Website der Siemens AG.

Mit diesem Schreiben erhalten Sie auch den Nachweis der Aktionärserschaft des Dachverbands.

Für Rückfragen erreichen Sie mich unter der Telefon-Nummer 0221/599-5647, mobil unter 0173 - 713 52 37 oder per Email unter dachverband@kritischeaktionaeere.de.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Dufner
Geschäftsführer des Dachverbands
der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Anlagen: Gegenanträge zu TOP 3, TOP 4, TOP 5 und TOP 11
Nachweis der Aktionärserschaft

Gegenanträge zur Hauptversammlung der Siemens AG
am 26.01.2010

TOP 3 Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
Ausschüttung einer Dividende

Wir beantragen: Je dividendenberechtigter Stückaktie wird aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 1,00 Euro ausgeschüttet.

Begründung:

Die vorgeschlagene Dividende von 1,60 Euro je Aktie ist zu hoch.

Der Gewinn nach Steuern fällt mit 2,497 Mrd. Euro erheblich geringer aus als im Vorjahr mit 5,886 Mrd. Euro, der Bilanzgewinn ist gegenüber dem Vorjahr um 157 Mio. Euro erneut gesunken. Das muss sich in der Ausschüttung widerspiegeln.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch nicht zu Ende. Der Vorstand rechnet für 2010 mit Rückgängen. Mit einer höheren Eigenkapitalquote können Krisen und konjunkturelle Abschwünge besser aufgefangen werden. Die Kreditwürdigkeit wird erhöht. Die höhere Ausstattung mit Eigenmitteln würde eine verstärkte Entwicklung zukunftsfähiger nachhaltiger Produkte erlauben. Die ökologisch-technischen Innovationen würden der Firma Siemens und der Weltgesellschaft zugute kommen.

Sollte es zu Auftragsrückgängen kommen, müssen Mittel vorhanden sein, um das Personal zu halten und Weiterbildung zu finanzieren.

TOP 4 Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

Begründung:

Der Vorstand ist sehr darum bemüht, sich ein „grünes Mäntelchen“ umzuhängen und Siemens als umweltfreundlichen Konzern zu präsentieren. Tatsächlich ist die Unternehmenspolitik sehr widersprüchlich.

Einerseits Ausbau der Sparte Windenergie mit Gewinnzuwächsen und ein Wiedereinstieg in die Solartechnik nach jahrelanger Nichtbeachtung und dann andererseits die Fortsetzung der Kohleverstromung und die Ausweitung des Atomgeschäftes durch den Einstieg beim Russischen Energiekonzern Rosatom. Siemens fördert den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen und trägt gleichzeitig zur Aufheizung der Atmosphäre und zur Erhöhung atomarer Risiken bei. Für Vorstandssprecher Löscher ist in Deutschland der „Klimaschutz ein Konjunkturmotor“ und in Russland die Beteiligung an Rosatom ein ermunterndes „Zeichen in der Krise“. So redet man mit verschiedenen Zungen.

Diese Unternehmenspolitik ist weder nachhaltig noch menschenfreundlich. Sie ist schlicht ökonomistisch, an kurzfristigen Gewinnen, in Euro oder Dollar ausgedrückt, interessiert. Dabei ist die Beteiligung an Rosatom riskant, ein Spiel mit vielen bekannten und unbekanntem Faktoren. War das Atomgeschäft für Siemens bislang profitabel?

Das Geschäft mit den Hanauer Nuklearbetrieben endete mit Verlusten, Ärger und Imageschaden. Bei der Beteiligung am französischen Atomkonzern Areva NP gibt es Verluste, Ärger und Imageschäden. Beim Bau des hoch gepriesenen finnischen AKW (EPR) Olkiluoto gibt es zeitliche Verzögerungen, Verluste und Spott. Was der Einstieg bei Rosatom kosten wird, sagt der Vorstand nicht.

Wer sich auf Rosatom einlässt, wird noch tiefer in Verstrickungen geraten als bei Areva. Rosatom ist voll in der Hand des russischen Staates und für den gesamten russischen Nuklearkomplex zuständig. Rosatom betreibt noch immer 15 AKW vom Typ Tschernobyl. Es ist zuständig für Transport und Lagerung von Atommüll aus Frankreich und Deutschland in den verbotenen Städten Nowouralsk und Sewersk, ehemals Tomsk 7, nach Beobachtungen von Umweltorganisationen und Fernseh-Journalisten in rostigen Fässern unter freiem Himmel. Rosatom ist in der Nachfolge von Siemens in den Bau des Reaktors in Busher (Iran) eingestiegen und schreckt auch nicht davor zurück, AKW in Erdbeben gefährdeten Regionen der Türkei oder Bulgariens zu bauen. Auch den geplanten Atomreaktor im diktatorisch regierten Weißrussland – dem Land mit den schlimmsten Verstrahlungen durch Tschernobyl – soll von Rosatom errichtet werden, möglicherweise dann auch mit technischer Hilfe von Siemens.

Der Vorstand mag als Vorteil ansehen, dass ein russischer Konzern weniger im Licht der Öffentlichkeit steht als in der EU. Dafür wird schon der Geheimdienst FSB, ehemals KGB, sorgen. Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung gibt es nicht. Kritiker und Umweltverbände werden in Russland repressiv behandelt, mundtot gemacht oder vor Gericht gestellt, Demonstrationen auseinander getrieben. Auf diese Weise werden Investitionshemmnisse klein gehalten.

Als Vorteil kann auch erscheinen, dass die Sicherheitsauflagen nicht deutschem Standard entsprechen und Pannen und Störfälle ohne freie Medien und findige Umweltorganisationen besser unter der Decke gehalten werden können. Der Reaktortyp WWER wäre hier nicht genehmigungsfähig. Für einen Konzern mit Firmensitz in einem demokratischen Rechtsstaat wird dies alles als Mitverantwortung angelastet werden und am schön gefärbten Image tiefe Kratzer verursachen.

Beim Ausbau der Atomenergie darf man den friedenspolitischen Aspekt nie aus den Augen verlieren. Die Fähigkeit, Atomreaktoren zu betreiben und den Nuklearkreislauf zu beherrschen, verschafft Nicht-Atommächten die Möglichkeit, waffentaugliches Uran und Plutonium herzustellen. Wer Atomkraftwerke liefert, leistet der Proliferation Vorschub und unterminiert die Anstrengungen zur Abschaffung aller Atomwaffen und gefährdet dadurch den Weltfrieden.

TOP 5 Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird die Entlastung verweigert.

Begründung:

Der Aufsichtsrat trägt zumindest mehrheitlich die Ausweitung des Atomgeschäftes über eine Beteiligung an Rosatom mit. Dem Unternehmen werden zusätzliche nicht abschätzbare Risiken aufgebürdet. Dadurch wird Kapital gebunden, das dem Ausbau der Sparten Windenergie und Solartechnik zugeführt werden könnte, auf Felder, auf denen Siemens sehr erfolgreich agiert.

TOP 11 Beschlussfassung über Satzungsänderungen zur Anpassung an ein Gesetz sowie zur Flexibilisierung des Abstimmungsverfahrens in der Hauptversammlung

Wir beantragen, den Wortlaut in Abschnitt d wie folgt zu ersetzen:

„Die Hauptversammlungen werden in Bild und Ton vollständig im Internet übertragen.“

Begründung:

Siemens bezeichnet sich als führenden Technologiekonzern Deutschlands und in einigen Sparten sogar weltweit. Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse an allen Aussagen, die auf der Hauptversammlung gemacht werden, um sich ein Urteil über die Geschäftspolitik des Unternehmens zu bilden.

Köln, 11.01.2010

gez. Markus Dufner
Geschäftsführer des Dachverbands
der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
50668 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 / 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de